



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-1063 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 711 62-9100  
Teletex (232) 3221155  
Telex 61 3221155  
Telefax (0222) 713 78 76  
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5901/8-4-91

302 IAB

1991 -03- 08

zu 324-J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der  
Abg. Pawkowicz und Kollegen vom 17.1.1991,  
Zl. 324/J-NR/1991 "Maßnahmen, die nach wie  
vor untragbare hohe Zahl an Verkehrsopfern  
zu verringern"

Zu Ihren Fragen

"Warum sind "Radarpistolen", welche im internationalen Vergleich als längst eingeführter technischer Standard existieren, noch nicht eingeführt und in Verwendung?

- a) Stimmen jene Vorwürfe, die in der ÖAMTC-Zeitschrift "Club" vom Dezember 1990 im Artikel "Feuer frei auf Raser?" erhoben wurden?
- b) Warum ist die Ausgabe von "Radarpistolen" für jeden der zwölfhundert Gendarmerieposten nur "mittelfristig" vorgesehen?
- c) Warum ist die Einführung und Verwendung von "Radarpistolen" trotz eines existierenden internationalen Standes an Technik sowie Anwendung noch immer nicht erfolgt, obwohl schon weitergehende Vorschläge (insbesondere um Aufstellung einer Sondereinheit zur Überwachung von Geschwindigkeitsübertretungen) geplant sind?

Der § 14 des Bundes-Haushaltsgesetzes sieht nunmehr schon seit 1987 vor, daß bei sämtlichen legislativen Maßnahmen (im gegenständlichen Fall nicht nur Regierungsvorlagen sondern auch bei den notwendigen Verordnungen) Kosten und Nutzen der beabsichtigten Maßnahme darzulegen sind.

- a) Da die "Radarpistolen" internationaler technischer Standard sind und entsprechende Erfahrungswerte der Anwendung existieren wird wenigstens bei Einführung und Verwendung der "Radarpistolen" eine Kostennutzendarstellung einfach möglich sein. Können Sie diese vorlegen?
- b) Falls nicht, können Sie erklären, warum eine erst mittelfristige anstelle einer sofortigen Einführung von "Radarpistolen" für die österreichischen Gendarmerieposten günstiger sein soll?"

- 2 -

darf ich bemerken, daß die Anschaffung von Geräten für die Verkehrsüberwachung in den Kompetenzbereich des Bundesministers für Inneres fällt.

Ich darf daher auf die Beantwortung der gleichlautenden schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 326/J durch den Herrn Bundesminister für Inneres hinweisen.

Wien, am 5. März 1991  
Der Bundesminister

